_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 20.01.1998

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 13.01.1999

3. Instanz

Datum 29.09.1999

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 13. Januar 1999 wird zurÃ⅓ckgewiesen. Der Kläger hat dem Beklagten die auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Revisionsverfahrens zu erstatten. Im Ã⅓brigen sind Kosten nicht zu erstatten.

Gründe:

Ī

Der 1936 in RumĤnien geborene und seit 1979 in der Bundesrepublik Deutschland lebende KlĤger begehrt die Wiederzulassung zur vertragsĤrztlichen Versorgung. Er war seit dem 1. Oktober 1981 als praktischer Arzt in E. zur kassenĤrztlichen Versorgung zugelassen. Durch Urteil des Landgerichts Essen vom 13. Mai 1989 wurde er wegen Abrechnungsbetruges zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten ohne BewĤhrung verurteilt. Im MĤrz 1990 verzichtete er auf die Zulassung. Im Juli 1990 wurde ihm die Ĥrztliche Approbation entzogen, die er im Juli 1996 wieder erhielt. Im Dezember 1996 beantragte er die erneute Zulassung als Vertragsarzt in S â□¦ Im Hinblick auf den Umstand, daÃ□ er zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits das 60. Lebensjahr erreicht hatte, machte er geltend, die

Versagung der Zulassung im für Allgemeinmediziner bzw praktische Ã□rzte nicht gesperrten Planungsbereich S. stelle eine unbillige Härte iS des § 25 Satz 2 der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ã□rzte-ZV) dar. Während seiner nur relativ kurzfristigen kassenärztlichen Tätigkeit habe er keine angemessene Altersversorgung aufbauen können und sei deshalb auf die (erneute) Ausübung der vertragsärztlichen Tätigkeit angewiesen. In S. könne er die Praxis eines verstorbenen Kollegen für nur 5.000 DM übernehmen.

Der Zulassungsausschuà lehnte den Antrag des Klägers ab. Der beklagte Berufungsausschuà wies seinen Widerspruch zurück. Die Versagung der Zulassung begründe in der Person des Klägers keine unbillige Härte. Zwar möge er auf die Einnahmen aus der vertragsärztlichen Tätigkeit dringend angewiesen sein, doch beruhe dies allein auf dem Umstand, daà er wegen schwerwiegenden Abrechnungsbetruges zuvor auf die Zulassung habe verzichten müssen (Beschluss vom 8. April 1997).

Das Sozialgericht (SG) hat die Klage abgewiesen (Urteil vom 20. Januar 1998). Auch im Berufungsrechtszug ist der KlĤger erfolglos geblieben. Das Landessozialgericht (LSG) hat angenommen, der KlĤger sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht zwingend auf die Ausübung der vertragsÃxrztlichen TÃxtigkeit angewiesen. Er könne bereits mit Vollendung des 62. Lebensjahres vorgezogenes Altersruhegeld von der Ã□rzteversorgung Westfalen-Lippe in Anspruch nehmen. Bei einem Rentenbeginn mit Vollendung des 63. Lebensjahres im April 1999 betrage die Rentenhöhe ca 2.500 DM im Monat. Mit Erreichen des 65. Lebensjahres stünde dem KlĤger darļber hinaus eine Altersrente von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 656,84 DM zu. Dies zusammen ergebe eine Summe, die den durchschnittlichen Rentenzahlbetrag der Rentenversicherung der Angestellten fýr Männer erheblich ýberschreite. Auch unabhängig von wirtschaftlichen Gesichtspunkten liege in seiner Person kein besonderer HÄxrtefall vor, weil er nicht "unfreiwillig" auf seine Zulassung verzichtet habe, sondern durch seine VerzichtserklĤrung lediglich einer unmittelbar drohenden Zulassungsentziehung zuvorgekommen sei (Urteil vom 13. Januar 1999).

Mit seiner Revision rÃ⅓gt der Kläger eine fehlerhafte Anwendung des <u>§ 98 Abs 2</u> Nr 12 FÃ⅓nftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) iVm § 25 Ã∏rzte-ZV. Er habe Anspruch auf die Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung in S. , weil nur so eine unbillige Härte iS des § 25 Satz 2 Ã∏rzte-ZV vermieden werden könne. Weder sein laufender Unterhalt noch seine Altersversorgung seien ohne die AusÃ⅓bung der vertragsärztlichen Tätigkeit angemessen gesichert, und auf die Inanspruchnahme vorgezogener Altersrente mÃ⅓sse er sich nicht verweisen lassen.

Trotz der zu § 25 Ã \Box rzte-ZV bzw § 25 ZahnÃxrzte-ZV ergangenen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts stelle sich nachdrÃxcklich die Frage, ob diese Vorschrift mit dem Grundgesetz (GG), insbesondere mit Art 12 Abs 1 und Art 3 Abs 1 GG vereinbar sei. Die Festlegung von Altersgrenzen sei nur aus GrÃxnden des jeweils betroffenen Berufes und der LeistungsfÃxhigkeit des einzelnen BerufsangehÃxrigen gestattet. Ansonsten seien Altersgrenzen âx0 wenn Ãx1 berhaupt âx1 nur iS einer ultima ratio zulÃx2 soweit die Betroffenen in ihrer beruflichen

Entfaltungsfå¤higkeit allenfalls minimal eingeschrå¤nkt wå¼rden und wenn ihnen eine volle adå¤quate wirtschaftliche und soziale Absicherung garantiert werde. Es sei fraglich, ob die gesetzgeberische Prognose zutreffe, der Zustrom å¤lterer å∏rzte gefå¤hrde die Wirtschaftlichkeit der vertragså¤rztlichen Versorgung, und die Altersgrenze von 55 Jahren sei dementsprechend zur Erhaltung der finanziellen Grundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung geeignet, notwendig und verhå¤ltnismå¤å∏ig. Verlå¤å∏liches Zahlenmaterial, das eine Prå¾fung dieser Einschå¤tzung ermå¶gliche, existiere nicht. Im å⅓brigen sei eine strenge Wirtschaftlichkeits- und Abrechnungsprå¾fung geeignet, der Gefahr må¶glicherweise unwirtschaftlicher Leistungserbringung durch å∏rzte, die nur eine relativ kurze Zeitspanne der vertragså¤rztlichen Tå¤tigkeit nachgehen kå¶nnten, entgegenzuwirken. Soweit der Gesetz- bzw Verordnungsgeber den å¤lteren å∏rzten pauschal unterstelle, unter Amortisationsgesichtspunkten må¶glicherweise unwirtschaftliche Leistungen erbringen zu wollen, liege der Gedanke einer "prå¤ventiven Sippenhaft" nahe.

Der grundsĤtzliche AusschluÄ der Ľber 55 Jahre alten Ä rzte von der Zulassung zur vertragsĤrztlichen Versorgung sei allenfalls mit Art 12 Abs 1 GG vereinbar, wenn die Vorschrift so angewandt werde, daÄ diejenigen Ä rzte eine Zulassung erhielten, die aus wirtschaftlichen Gründen auf die Kassenzulassung angewiesen seien. Insoweit sei eine InteressenabwĤgung anhand des Verursacherprinzips sowie der Kategorien von Sitte und Moral ausgeschlossen. Unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Angewiesenheit auf die Ausübung der vertragsĤrztlichen TĤtigkeit dürfe allein auf die tatsĤchliche Lage des an einer Zulassung interessierten Arztes zum Zeitpunkt der Zulassungsentscheidung abgestellt werden. Ob der Bewerber ggf durch bestimmte GestaltungsmĶglichkeiten seine wirtschaftliche Situation verbessern kĶnne, müsse unberücksichtigt bleiben. Es sei sinnwidrig, das mit ŧ 25 Ä rzte-ZV verfolgte Ziel einer finanziellen Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung dadurch zu erreichen, daÄ ein Arzt seinen Unterhalt nicht mehr selbst verdienen kĶnne und auf staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sei.

Zu Unrecht habe ihn das LSG darauf verwiesen, vorgezogenes Altersruhegeld in Anspruch zu nehmen. Wenn er dies tue, reduziere sich die Höhe der ihm auf Dauer als Altersversorgung zustehenden Beträge gegenüber einer Inanspruchnahme von Altersruhegeld erst mit Vollendung des 65. Lebensjahres deutlich. Im übrigen sei der vom LSG vorgenommene Vergleich zwischen den Leistungen der ärztlichen Altersversorgung im Versicherungsfall des Alters mit den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung unzulässig, weil damit die Besonderheiten des ärztlichen Berufs auÃ□er Betracht gelassen würden. Die Ausübung der ärztlichen Tätigkeit sei ein "freier Beruf", der durch ein hohes MaÃ□ an Verantwortlichkeit, die Ã□bernahme von Risiken in wirtschaftlicher Beziehung sowie durch eine regelmäÃ□ig unabhängige und eigenverantwortliche Stellung und spezielle Sachkunde geprägt sei. Deshalb sei die ärztliche Tätigkeit überdurchschnittlich zu honorieren, und es müsse dem Arzt die Gelegenheit gegeben werden, die Grundlage für eine der Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit entsprechende Altersversorgung zu schaffen.

Er sei auf die Ausübung der vertragsärztlichen Tätigkeit zwingend angewiesen. Im Hinblick auf vorhandene Schulden blieben ihm unter Beachtung der Pfändungsfreigrenzen nur ca 2.000 DM monatlich zum Lebensunterhalt, wovon neben Wohnungs- und Praxismiete die üblichen Lebenshaltungskosten sowie die private Krankenversicherung zu bezahlen seien. Zu berücksichtigen sei weiterhin, daà seine Ehefrau Arbeitslosenhilfe beziehe, da sie Unterhaltsansprüche gegen ihn wegen seiner fehlenden Leistungsfähigkeit nicht realisieren könne.

Der KlĤger beantragt,

die Urteile des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 13. Januar 1999 und des Sozialgerichts Dortmund vom 20. Januar 1998 aufzuheben und den Beklagten unter Aufhebung seines Beschlusses vom 8. April 1997 zu verurteilen, ihn â∏ den Kläger â∏ mit sofortiger Wirkung zur vertragsärztlichen Tätigkeit als praktischer Arzt für den Vertragsarztsitz in S. , W. W. , zuzulassen, hilfsweise, den Rechtsstreit zur erneuten Entscheidung an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zurückzuverweisen.

Der Beklagte beantragt, die Revision zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Er hÃxIt das angefochtene Urteil fÃ1/4r zutreffend.

Die Beigeladenen zu 1) bis 3) und 8) beantragen ebenfalls, die Revision zurĽckzuweisen.

Ш

Die Revision des KIĤgers ist nicht begrļndet.

Der beklagte Berufungsausschu \tilde{A} hat ihn zu Recht nicht zur vertrags \tilde{A} zrztlichen Versorgung zugelassen, weil er zum Zeitpunkt der Antragstellung die Zulassungs-Altersgrenze von 55 Jahren \tilde{A}^{1} berschritten hatte und eine Ausnahme zur Vermeidung einer unbilligen H \tilde{A} zrte nicht erforderlich ist ($\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ 98 Abs 2 Nr 12 SGB V iVm \hat{A} 25 \tilde{A} \tilde{A} rzte-ZV).

Der Senat hat in seinen Urteilen vom 24. November 1993 (BSGE 73, 223 = SozR 3-5520 § 25 Nr 1 sowie SozR 3-2500 § 98 Nr 3) fýr den ärztlichen Bereich und vom 18. Dezember 1996 (BSGE 80, 9 = SozR 3-2500 § 98 Nr 4) fÃ⅓r den zahnärztlichen Bereich im einzelnen dargelegt, daÃ☐ der AusschluÃ☐ der Ã⅓ber 55 Jahre alten Bewerber von der Zulassung zur vertrags(zahn)ärztlichen Tätigkeit als eine von mehreren MaÃ☐nahmen zur Begrenzung der Zahl der (zahn)ärztlichen Leistungserbringer mit dem GG vereinbar ist. Der Senat hat sich in diesen Urteilen eingehend mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Einführung von Altersgrenzen auseinandergesetzt und auch zu dem von der Revision erneut aufgegriffenen Gesichtspunkt Stellung genommen, inwieweit die Vermutung, ältere Ã☐rzte wÃ⅓rden die Wirtschaftlichkeit der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung beeinträchtigen, die Altersgrenze rechtfertigen kann. Eine allein mit dieser BegrÃ⅓ndung motivierte Zulassungsbeschränkung hält der Senat nicht

få½r verfassungskonform (vgl bereits BSGE 73, 223, 225 = SozR 3-5520 ŧ 25 Nr 1 S 3). Eine nå¤here Auseinandersetzung mit dem Revisionsvorbringen zu diesem Aspekt ist deshalb entbehrlich. Nach wie vor gelten indessen die Erwå¤gungen zur Begrenzung der å∏berversorgung mit å∏rzten bzw Zahnå¤rzten als Legitimation sowohl der Zulassungsbeschrå¤nkungen nach å§å§ 101, 103 SGB V (dazu BSGE 82, 41 ff = SozR 3-2500 ŧ 103 Nr 2) als auch der Altersgrenze von 68 Jahren få¾r die Beendigung der vertragså¤rztlichen Tå¤tigkeit nach å§ 95 Abs 7 SGB V (dazu BSGE 83, 135 = SozR 3-2500 ŧ 95 Nr 18) wie schlieå∏lich der hier betroffenen Zulassungssperre få¼r å¼ber 55 Jahre alte å∏rzte. Im å¼brigen hat das Bundesverfassungsgericht einen Vorlagebeschluå∏ des SG Må¾nchen betreffend die Regelung des å§ 98 Abs 2 Nr 12 SGB V få¾r unzulå¤ssig gehalten, weil sich das vorlegende Gericht nicht hinreichend mit den Argumenten der oben angefå¼hrten Senatsurteile vom 24. November 1993 auseinandergesetzt habe (Beschluss vom 20. Dezember 1996 â∏∏